

Syrien und Irak: Corona im Krisengebiet

Atoscha Grünwald, Johannes v. Stieglitz

In Syrien und im Irak droht angesichts der raschen Ausbreitung des Virus eine weitere Verschärfung der humanitären Notlage sowie zunehmende Instabilität. Inwieweit Einreisestops und Ausgangssperren Abhilfe schaffen können, bleibt abzuwarten.

Über 500 Corona-Fälle im Irak

Im Irak, wo der erste Corona-Fall am 24. Februar bekannt wurde, hat sich die Zahl der Infizierten laut Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in der letzten Woche mehr als verdoppelt und lag am 29. März bei 547 bestätigten Infektionen mit 42 gemeldeten Todesfällen. Die Dunkelziffer dürfte jedoch deutlich höher liegen. Das Virus war seit Ende Februar vor allem durch Iran-Reisende in den Irak gelangt. Der Iran ist neben den USA, China und einigen europäischen Ländern das am schlimmsten von der Lungenerkrankung betroffene Land der Welt.

Pilgermarsch trotz Ausgangssperre

Um die Einreise infizierter Personen zu reduzieren, hat die irakische Regierung das Land nun weitgehend abgeriegelt: Auf die Schließung der Grenzübergänge zum Iran Ende Februar folgte am 17. März eine befristete Aussetzung des gesamten Flugverkehrs. Zur Eindämmung der Verbreitung des Virus im Land wurden zeitgleich zudem alle Bildungseinrichtungen geschlossen und eine Ausgangssperre verhängt.

Trotz dieser versammelten sich am 20. März über 400.000 Schiiten am Schrein des Imams Musa al-Kazim bei Bagdad, um dessen Märtyrertodes zu gedenken. Dabei durchbrachen sie die von Polizei und Militär eingerichteten Sicherheitsabsperren. Dieses Beispiel zeigt, dass es von Seiten der irakischen Behörden noch viel Aufklärungsarbeit im Umgang mit der Pandemie bedarf.

Im Falle einer raschen Ausbreitung des Virus wäre das irakische Gesundheitssystem ohne Zweifel überfordert. Darüber hinaus zeichnen sich schon jetzt erste Folgen der Corona-Pandemie für den Irak ab: Neben zu erwartenden Einbußen für die ohnehin unter dem niedrigen Ölpreis leidende Wirtschaft lähmt die Angst vor dem Virus auch die Protestbewegung, die bereits vor der Corona-Krise aufgrund von massiver Gewalt von Seiten verschiedener Sicherheitskräfte und Milizen deutlich abgeflaut war.

Medizinische Notlage in Syrien

Erst am 22. März gab die syrische Regierung den ersten offiziell registrierten Corona-Fall bekannt. Es ist allerdings davon auszugehen, dass das Virus bereits zuvor durch iranische Milizen ins Land gelangt war und die Infektionszahlen mittlerweile deutlich über den offiziell angegebenen liegen.

Verhältnismäßig spät hatte das Regime angefangen, die Grenzübergänge zu schließen und das öffentliche Leben unter anderem durch eine nächtliche Ausgangssperre weitgehend einzuschränken. Darüber hinaus wurde die für den 13. April geplante Parlamentswahl verschoben und die Einberufung Wehrpflichtiger vorerst ausgesetzt. Um einer Ausbreitung des Virus in den überfüllten Gefängnissen entgegenzuwirken, erließ Präsident Assad am 22. März eine Teilamnestie, von der politische Gefangene und ehemalige Rebellen jedoch nur am Rande betroffen sind. Sowohl in der noch umkämpften Provinz Idlib als auch in den kurdisch kontrollierten

Regionen Syriens wurden ähnliche Maßnahmen auch seitens der Opposition ergriffen.

Die WHO wird sowohl Damaskus als auch Idlib, wo bisher noch keine Infektionen bekannt geworden sind, mit Test-Sets versorgen. Da auch die medizinische Infrastruktur im Land am Boden liegt – laut WHO sind nur 50 Prozent der Krankenhäuser im ganzen Land funktionsfähig –, wäre eine Corona-Epidemie für Syrien verheerend.

Rufe nach Waffenstillstand – Regime fordert Ende der Sanktionen

Die UN drängt in Anbetracht der zu befürchtenden dramatischen Entwicklungen auf einen landesweiten Waffenstillstand, um der Bevölkerung und Hilfsorganisationen mehr Zeit zur Vorbereitung und Reaktion auf die Ausbreitung des Virus zu verschaffen. Unter dem Vorwand, das Leid der Bevölkerung mindern zu wollen, versucht dagegen die syrische Regierung, von der derzeitigen Ausnahmesituation zu profitieren, indem sie von der internationalen Staatengemeinschaft ein Ende der Sanktionen fordert.

Sowohl in Syrien als auch im Irak ist besonders die Sorge über eine gravierende Verschlechterung der ohnehin katastrophalen humanitären Situation in den Flüchtlingscamps groß. Diese sind aufgrund extrem beengter Wohnweise, schlechter Hygienebedingungen sowie unzureichender medizinischer Versorgung Nährboden für eine rasche Ausbreitung des Virus.

IS könnte von Corona-Chaos profitieren

Schließlich ist zu befürchten, dass der IS von der Ausbreitung des Corona-Virus in der Region profitiert. Zwar ist zu erwarten, dass sich auch IS-Kämpfer mit dem Virus infizieren. Die Terrororganisation könnte jedoch die durch das Virus zusätzlich instabile Lage in beiden Ländern und mögliche Beeinträchtigungen der Anti-IS-Koalition dazu nutzen, sich weiter in abgelegenen Regionen auszubreiten und eigene Kämpfer aus Gefängnissen zu befreien.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Gregor Jaecke

Leiter des AB Syrien/Irak
Europäische und Internationale Zusammenarbeit

gregor.jaecke@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).